

Statement zum „Marsch für das Leben“ am 17.9.2016 in Berlin

Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz begrüßt es, wenn durch öffentliche Stellungnahmen von Christinnen und Christen eine Kultur des Lebens eingefordert wird. Da sie inhaltlich aber nicht die Positionen des Verbandes Lebensrecht e.V. teilt, unterstützt sie nicht den Marsch für das Leben.

Die Evangelische Kirche steht für eine Kultur des Lebens, die sorgsam und ethisch verantwortlich mit allem Leben, auch dem ungeborenen Leben umgeht. Aus diesem Grund machen die evangelischen Beratungsstellen Müttern in Konfliktfällen Mut, werdendes Leben zur Welt zu bringen und auch behinderte Kinder anzunehmen. Die evangelische Kirche tritt konsequent für eine ergebnisoffene, aber nicht ziellose Beratung ein, die ohne moralische Vorwürfe eine eigenständige Gewissensentscheidung der werdenden Eltern ermöglicht. Die Schwangerschaftskonfliktberatung muss alle Dimensionen des Lebens umfassen und mögliche Hilfen aufzeigen. Nach der Erfahrung in den Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen können viele Frauen erst dann frei darüber entscheiden, ob sie das Kind wollen, wenn Lösungen für die sie belastenden Probleme greifbar werden. Sehr viele entscheiden sich dann für ihr Kind, auch unter schwierigen Bedingungen oder bei einer absehbaren Behinderung. Diese Form der Beratung und Unterstützung hat sich bewährt, denn seelsorgliche Zuwendung heißt, Menschen in ihrer Lebensbiographie ernst zu nehmen. Deshalb treten die evangelische Kirche und die Diakonie dafür ein, Frauen und Paare in Konfliktsituation zu begleiten, ihnen praktisch und seelsorgerlich zur Seite zu stehen und sie zu unterstützen.

Die vom Verband Lebensrecht e.V. formulierte politische Forderung, „zu einem Verbot aller Pränataldiagnostik und PID zurückzukehren“ (vgl. Berliner Erklärung zum Schutz des menschlichen Lebens) kann die EKBO nicht nachvollziehen. Sie ist vielmehr der Auffassung, dass auch mit diesen Diagnosemöglichkeiten ein verantwortungsbewusster Umgang notwendig und möglich ist. So kann eine solche Diagnose dazu führen, sich auf die Geburt eines behinderten Kindes einzustellen, und sich über entsprechende Unterstützungsmöglichkeiten frühzeitig zu informieren. So wichtig das Eintreten für das ungeborene Leben ist, sowenig sind plakative politische Forderungen dazu geeignet, der ethischen Problematik gerecht zu werden und den betroffenen Menschen Mut zum Leben zu machen.

Die EKBO distanziert sich von jeder Form aggressiver oder menschenverachtender Äußerungen in der öffentlichen Auseinandersetzung. Dies gilt sowohl für Aussagen von Lebensschützern, wenn diese Frauen, die abgetrieben haben, pauschal diffamieren, als auch für Diffamierungen und aggressive Aktionen gegen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des „Marsches für das Leben“.